

## Überregionaler Pressespiegel 27.12.2011

Junge Welt | 27.12.2011 | Markus Bernhardt

### Bürgerkriegsähnliche Zustände

Jahresrückblick 2011 \* Heute: Repression, Funkzellenabfrage, Ermittlungen wegen Blockaden – Antifaschisten sollen nicht nur in Dresden mundtot gemacht werden

Das Ausmaß der gegen Antifaschisten gerichteten staatlichen Repression ist auch im Jahr 2011 gestiegen. Opfer des Überwachungs- und Kriminalisierungswahns der bundesdeutschen Behörden wurden in diesem Jahr maßgeblich die etwa 20000 Nazigegner, die am 19. Februar einen Aufmarsch von Neonazis in Dresden mit friedlichen Sitzblockaden verhinderten. Rund 2000 Rechte wollten wie bereits in den Vorjahren zum Jahrestag der alliierten Bombenangriffe auf die Stadt 1945 aufmarschieren. Die Menschen, die dem Blockadeaufruf des Bündnisses »Dresden stellt sich quer!« gefolgt waren, sahen sich jedoch mit einem bis dato unbekanntem Ausmaß an polizeilichen Übergriffen und Überwachungsmaßnahmen konfrontiert.

### Überwachungswahn

Mehr als eine Million Datensätze von Mobiltelefonen hatte die Dresdner Polizei im Februar mittels einer Funkzellenabfrage gespeichert und dabei auch sogenannte IMSI-Catcher eingesetzt, mit deren Hilfe Telefongespräche mitgehört werden können. Noch vor Beginn der antifaschistischen Proteste sollen die Beamten außerdem Listen unter anderem mit Namen von Politikern und Pfarrern samt deren mutmaßlicher Aufenthaltsorte bei den Protesten an die Staatsanwaltschaft der sächsischen Landeshauptstadt weitergegeben haben.

Während etwa 1000 Neofaschisten im Stadtteil Plauen – unbehelligt von der Polizei – marodierend durch die Straßen ziehen und vermeintliche Nazigegner angreifen konnten, ging diese vielerorts im Dresdner Stadtgebiet mit brutaler Gewalt gegen friedliche Gegendemonstranten vor. So hetzten Beamte Hunde auf sie, versprühten Pfefferspray und prügeln mit Schlagstöcken sogar auf betagtere Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ein. Selbst Überwachungsdrohnen kamen zum Einsatz.

Noch am Abend des 19. Februar stürmte ein schwer bewaffnetes Sondereinsatzkommando (SEK) der Polizei das »Haus der Begegnung« in Dresden, in dem sich auch Büros der Linkspartei und eine Rechtsanwaltskanzlei befinden. Wegen des »Verdachts auf die Organisation einer Straftat und Landfriedensbruch« brachen die SEK-Beamten alle Türen des Hauses gewaltsam auf, beschlagnahmten Laptops und Handys, legten anwesende Linke-Mitarbeiter in Handschellen und nahmen sie fest. Durch die nahezu filmreife Erstürmung wurde ein Sachschaden von 5600 Euro verursacht. Im Oktober urteilte das Amtsgericht Dresden, die Razzia sei rechtswidrig gewesen.

Ungeachtet dessen setzten Ermittler und Strafverfolger ihre Kriminalisierungsstrategie über das gesamte Jahr fort. So schrieb etwa eine eigens eingerichtete »Sonderkommission 19/2« der Dresdner Polizei bundesweit Busunternehmen an, die im Februar Demonstranten in die Elbmetropole gefahren hatten. In dem jW vorliegenden Schreiben des Landeskriminalamts mit der Überschrift »Ermittlungsverfahren wegen des

Verdachts des besonders schweren Falls des Landfriedensbruches/Ermittlungen zu Busunternehmen« wurde seitens der Polizei der falsche Eindruck erweckt, es werde gegen die Reiseveranstalter selbst ermittelt, weshalb sie zu einer Antwort verpflichtet seien. Unter anderem wurde darin detailliert Auskunft über Strecken, Namen und Adressen der eingesetzten Fahrer und derer, die die Busse angemietet haben, verlangt.

Der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) verteidigte das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft und fabulierte einen »Grundsatz der freien Gestaltung des Ermittlungsverfahrens« herbei. Auch andere Politiker von CDU und der im Freistaat mitregierenden FDP stellten sich hinter Maßnahmen wie die Einleitung von Ermittlungen nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuches (»Bildung einer kriminellen Vereinigung«) gegen Mitglieder des Bündnisses »Dresden stellt sich quer!« ebenso wie hinter Hausdurchsuchungen unter anderem bei Antifaschisten in Berlin und Baden-Württemberg sowie bei dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König. Ihm wird unterstellt, zur Gewalt gegen Polizeibeamte aufgerufen zu haben. Es folgten – wegen angeblicher »Rädelsführerschaft« bei der Blockade des Dresdner Naziaufmarsches am 13. Februar 2010 – die Aufhebung der Immunität der Linksfraktionschefs André Hahn (Sachsen) und Bodo Ramelow (Thüringen). Anträge auf Aufhebung der Immunität liegen zudem gegen die Vorsitzenden der hessischen Linksfraktion, Janine Wissler und Willi van Ooyen, vor.

### Schützenhilfe

Der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis kam in einem im Auftrag der sächsischen Landesregierung erarbeiteten Gutachten zu dem Schluß, die nahezu flächendeckende Überwachung von Bürgern und Demonstranten in Dresden sei »angemessen« gewesen. Derweil werden Dutzenden Mandatsträgern, Journalisten und Rechtsanwälten bis heute konkrete Informationen über Art und Umfang der Bespitzelung ihrer Person verweigert. Das Dresdner Amtsgericht verurteilte erst vor wenigen Tagen einen Teilnehmer der antifaschistischen Blockaden wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu 15 Tagessätzen à 20 Euro.

Trotz der anhaltenden Kriminalisierungsversuche rufen Antifaschisten auch für den kommenden Februar dazu auf, den erneut geplanten rechten Aufmarsch in Dresden mittels Massenblockaden zu verhindern.

[www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

<http://www.jungewelt.de/2011/12-27/025.php>

---

Freie Presse | 27.12.2011

Tillich ruft zum friedlichen Protest auf

Sachsens Ministerpräsident über die Bekämpfung von Rechtsextremismus und das Jahr 2011

Dresden (dapd-lsc). Wirtschaftswachstum, solider Haushalt, Zwickauer Terrorzelle und Dresdner Handydaten-Affäre: Wirtschaftlich gibt Sachsen ein gutes Bild ab, politisch kommt der Freistaat aus den Negativ-Schlagzeilen nicht heraus. Die dapd-Korrespondenten Gregor Klaudius und Lars Rischke sprachen mit Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) über Rechtsextremismus, Anti-Nazi-Proteste in Dresden, das

Verschuldungsverbot, eine neue Marketingkampagne und die Kooperation mit Bayern.

dapd: Sachsen blickt auf ein ambivalentes Jahr zurück. Die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen sprudeln, der Haushalt ist solide aufgestellt. Zugleich geriet der Freistaat mit der Zwickauer Terrorzelle und der sogenannten Dresdner Handydaten-Affäre bundesweit negativ in die Schlagzeilen. Welche zentralen Schlüsse ziehen Sie daraus für Ihre Politik im kommenden Jahr?

Tillich: Sachsen blickt auf eines der besten Jahre seit seiner Wiedervereinigung zurück. Die sächsische Wirtschaft ist stärker als zuvor aus der Krise gekommen. Nicht nur die erstmals unter zehn Prozent liegende Arbeitslosenquote, sondern auch die Großinvestitionen von VW, Porsche, BMW, Globalfoundries und Infineon, aber auch die vielen Investitionen des Mittelstandes zeigen, wie attraktiv Sachsen als Wirtschaftsstandort ist. Diese positive Entwicklung kommt direkt bei den Bürgern unseres Landes an und bestätigt den politischen Kurs der schwarz-gelben Landesregierung. Das ist der Erfolg der Menschen in unserem Land.

dapd: Einen düsteren Schatten werfen die Untaten der mutmaßlichen Zwickauer Terrorzelle "Nationalsozialistischer Untergrund". Auch die Sammlung der Ermittlungsbehörden von einer Million Handydaten bei Demonstrationen gegen Rechtsextreme in Dresden im Februar haben kein gutes Licht auf den Freistaat geworfen.

Tillich: Richtig ist, dass uns die Ereignisse im Februar in Dresden und jetzt ganz aktuell in Zwickau vor ganz neue Herausforderungen stellen. Darauf haben wir unter anderem mit der von uns gestarteten Bundesratsinitiative reagiert, die sicherstellt, dass der unbestimmte Rechtsbegriff der erheblichen Straftat nach Paragraph 100 g Strafprozessordnung präzisiert wird. Über den braunen Terror in Deutschland bin ich erschüttert. Wir Sachsen leisten viel und werden unsere Anstrengungen noch weiter ausbauen, um der Gefahr von rechts mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu begegnen. So haben wir unter anderem die Mittel des Förderprogramms "Weltoffenes Sachsen" sofort um eine Million Euro erhöht. Des Weiteren haben wir federführend mit Bayern bei der Ministerpräsidentenkonferenz erreicht, dass ein neues NPD-Verbotsverfahren auf den Weg gebracht wird. Betonen möchte ich, dass es unfair ist gegenüber der großen Mehrheit der Sachsen, die jeden Tag viel für ihre Heimat leisten, sie alle für die Ereignisse in Mithaftung zu nehmen. Das werde ich nicht zulassen.

dapd: In knapp zwei Monaten, am 13. und 18. Februar, wollen in Dresden wieder tausende Neonazis aufmarschieren. Erstmals soll es an beiden Tagen parteiübergreifende Protestaktionen gegen die Aufmärsche geben. Welches Signal wünschen Sie sich, soll von Dresden aus gegen Rechtsextremisten ausgehen?

Tillich: Die Dresdner und die Sachsen werden an beiden Tagen sehr deutlich zeigen, dass braunes Gedankengut in unserem Land keinen Platz hat. Die Menschenkette ist das Symbol des Gedenkens und zugleich friedlichen Protests. Sie verdeutlicht, eine große Mehrheit stellt sich gegen eine extremistische Minderheit. Ich wünsche mir, dass die Dresdner und Ihre Gäste der Opfer und der Zerstörung ihrer Stadt am 13. Februar 1945 gedenken können. Ich wünsche mir aber auch, dass sich viele Menschen an den zahlreichen Veranstaltungen im kommenden Jahr in der Stadt beteiligen und damit wieder ein Zeichen für Demokratie und Frieden und gegen Rechtsextremismus setzen.

dapd: Um die Wirtschaft weiter zu stärken, wollen Sie enger mit Bayern kooperieren und eine Zukunftskommission bilden. Was verbirgt sich konkret dahinter?

Das sind zwei unterschiedliche Vorhaben. Sachsen und Bayern wollen die führenden Standorte für Elektromobilität werden. Deshalb bewerben sich beide Freistaaten gemeinsam um das "Schaufenster Elektromobilität", ein Förderprojekt des Bundes. Beide Länder sind bereits heute als Automobil- und Technologiestandort hervorragend

aufgestellt. Ein anderes gemeinsames Projekt ist der "Zukunftsdialog der Freistaaten Bayern und Sachsen". Gemeinsam mit Experten wollen wir Antworten auf die Fragen finden, wie der Staat der Zukunft aussehen soll und wie darin eine aktive Gesellschaft mit bürgerschaftlichem Engagement und demokratischer Beteiligung geschaffen werden kann. Dieser Zukunftsdialog soll 2012 beginnen.

dapd: Bayern spielt zunehmend eine wichtige Rolle. Suchen Sie den engeren Schulterschluss zum Landesnachbarn?

Tillich: Wir kooperieren dort, wo es sinnvoll erscheint und wo wir auf ähnliche Strukturen und Interessen stoßen. Das ist zielführender und somit zweckmäßiger bei der Umsetzung sächsischer Interessen.

dapd: Geplant ist auch eine bundesweite Marketingkampagne für Sachsen von 2012 bis wohl 2016, die immerhin knapp 40 Millionen Euro kosten soll. Was verspricht sich der Freistaat davon?

Tillich: Im aktuellen Doppelhaushalt sind fünf Millionen Euro, danach jährlich acht Millionen Euro eingestellt. Die Standortkampagne soll eine erfolgreiche Außendarstellung des Freistaates Sachsen bewirken. Wir wollen eine Verbesserung der Grundhaltung zum Freistaat sowie Offenheit gegenüber den Bürgern und ihrem Land verbunden mit einem Imagezugewinn erreichen. Zugleich soll die allgemeine Bekanntheit des Freistaates kontinuierlich erhöht werden. Nur so können wir mehr Besucher, Fachkräfte, Studierende und Investoren für uns begeistern. Denn: Wer einmal bei uns war, kommt meist wieder.

dapd: Hintergrund der Kampagne ist auch, dass die Westdeutschen laut sächsischen Werbeexperten Probleme mit der hiesigen Mentalität haben. Die Sachsen gelten doch aber allgemein als fleißig mit einem Schuss Gemütlichkeit im Privaten. Sollte man da nicht von vornherein selbstbewusster auftreten?

Mehr als 86 Prozent der Sachsen sind stolz auf ihre Heimat. Ich glaube, das sagt genug über unser Selbstbewusstsein aus.

dapd: In Sachsen soll das Verschuldungsverbot in die Verfassung, lange Zeit standen Sie Steuersenkungen auch auf Bundesebene wegen der Haushaltslage skeptisch gegenüber. Im November dann haben Sie die Pläne der Bundesregierung begrüßt. Woher kommt der Sinneswandel?

Tillich: Wieso Sinneswandel? Mit ihrem Beschluss im November beteiligt die Bundesregierung die Menschen am von ihnen erwirtschafteten Aufschwung und trägt zu mehr Steuergerechtigkeit bei. Beides, Verschuldungsverbot und Steuersenkungen, hat sich auch die sächsische Koalition auf die Fahnen geschrieben. Zwischen diesem Ziel und dem einer soliden Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung besteht kein Widerspruch, beides findet sich in unserem Koalitionsvertrag wieder.

dapd: Beschränkt sich Sachsen damit nicht zu sehr selbst angesichts des Wegfalls von Solidaripakt und anderen Fördermitteln bis 2020?

Tillich: Das Jahr 2019 wird nicht überraschend über uns hereinbrechen. Nein, wir bereiten uns jetzt sehr akribisch darauf vor, um das bis dahin Erreichte nicht nur zu sichern, sondern weiter entwickeln zu können. Das bedeutet, unsere Wirtschaft wird dann auf eigenen Beinen stehen, sodass wir eigenständig wachsen können. Nur das Ausgeben zu können, was erwirtschaftet wird, muss dabei stets unser Leitgedanke sein. Neue Schulden zulasten kommender Generationen sind da der falsche Weg. (dapd)

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Tillich-ruft-zum-friedlichen-Protest-auf-artikel7860358.php>

---

### Tillich fordert friedlichen Protest gegen Rechts

Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat die Sachsen zum friedlichen Protest gegen die geplanten Neonazi-Aufmärsche am 13. und 18. Februar aufgefordert. 'Die Dresdner und die Sachsen werden an beiden Tagen sehr deutlich zeigen, dass braunes Gedankengut in unserem Land keinen Platz hat', sagte der CDU-Politiker im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dapd. Tillich fordert friedlichen Protest gegen Rechts

Dresden (dapd-lsc). Insbesondere die Menschenkette am 13. Februar sei das Symbol des Gedenkens und zugleich friedlichen Protests.

'Sie verdeutlicht, eine große Mehrheit stellt sich gegen eine extremistische Minderheit', betonte der Regierungschef. Zugleich wünsche er sich, dass die Dresdner und Ihre Gäste der Opfer und der Zerstörung ihrer Stadt am 13. Februar 1945 durch alliierte Bombenangriffe gedenken können. Am 18. Februar müsse ebenfalls ein starkes Signal für Demokratie und Frieden gesetzt werden.

Neonazis versuchen seit Jahren mit Großaufmärschen, den 13. Februar für ihre Zwecke zu missbrauchen. Inzwischen marschieren sie auch das Wochenende danach auf, um den friedlichen Protest zu umgehen. Dabei kam es am 19. Februar dieses Jahres am Rande friedlicher Gegendemonstrationen zu schweren Ausschreitungen.

Die Untaten der früheren mutmaßlichen Zwickauer Terrorzelle 'Nationalsozialistischer Untergrund' stellten Sachsen laut Tillich vor neue Herausforderungen im Kampf gegen Rechts. 'Wir Sachsen leisten viel und werden unsere Anstrengungen noch weiter ausbauen, um der Gefahr von rechts mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu begegnen', sagte der Ministerpräsident.

Mit Blick auf die Wirtschaft zog der Regierungschef ein deutlich positives Fazit. 'Sachsen blickt auf eines der besten Jahre seit seiner Wiedervereinigung zurück.' Die sächsische Wirtschaft sei gut aus der Krise gekommen und stärker als zuvor. Das zeige auch nicht nur die erstmals unter zehn Prozent liegende Arbeitslosenquote, sondern auch die Großinvestitionen von VW, Porsche, BMW, Globalfoundries, Infineon sowie des Mittelstandes. (dapd)

<http://www.ad-hoc-news.de/tillich-fordert-friedlichen-protest-gegen-rechts--/de/News/22685912>

---

domradio.de | 27.12.2011

### Tillich fordert friedlichen Protest gegen Rechts

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat die Sachsen zum friedlichen Protest gegen die geplanten Neonazi-Aufmärsche am 13. und 18. Februar aufgefordert. „Die Dresdner und die Sachsen werden an beiden Tagen sehr deutlich zeigen, dass braunes Gedankengut in unserem Land keinen Platz hat“, sagte der CDU-Politiker im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dapd. Insbesondere die Menschenkette am 13. Februar sei das Symbol des Gedenkens und zugleich friedlichen Protests.

„Sie verdeutlicht, eine große Mehrheit stellt sich gegen eine extremistische Minderheit“,

betonte der Regierungschef. Zugleich wünsche er sich, dass die Dresdner und Ihre Gäste der Opfer und der Zerstörung ihrer Stadt am 13. Februar 1945 durch alliierte Bombenangriffe gedenken können. Am 18. Februar müsse ebenfalls ein starkes Signal für Demokratie und Frieden gesetzt werden.

Neonazis versuchen seit Jahren mit Großaufmärschen, den 13. Februar für ihre Zwecke zu missbrauchen. Inzwischen marschieren sie auch das Wochenende danach auf, um den friedlichen Protest zu umgehen. Dabei kam es am 19. Februar dieses Jahres am Rande friedlicher Gegendemonstrationen zu schweren Ausschreitungen.

Die Untaten der früheren mutmaßlichen Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ stellen Sachsen laut Tillich vor neue Herausforderungen im Kampf gegen Rechts. „Wir Sachsen leisten viel und werden unsere Anstrengungen noch weiter ausbauen, um der Gefahr von rechts mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu begegnen“, sagte der Ministerpräsident. (dapd)

<http://www.domradio.de/news/78806/tillich-fordert-friedlichen-protest-gegen-rechts.html>

---

TLZ.de | 27.12.2011

Chronik: 2011 in Thüringen (Ausschnitt)

Februar

19. In Dresden demonstrieren tausende Menschen gegen mehrere Neonazi-Veranstaltungen. Den Neonazis gelingt es nicht, die geplanten Kundgebungs- und Aufmarschplätze zu erreichen. Das hat für Thüringer Demonstranten heftige Folgen: Jenas Jugendpfarrer Lothar König, seine Tochter Katharina und Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow werden kriminalisiert. Der Ausgang vor Gericht ist aber vorerst offen.

<http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Chronik-2011-in-Thueringen-1080452727>

---